

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streits, höhere Gewalt und Betriebsförderung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Das politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal am Sonntag. Preis 20 Pf. In Abonnement monatlich 6 Mark. Bestellungen nehmen alle politischen Zeitungen, Buchhändler und Verleger (Halle, Gr. Brauhausstraße 30).

Nummer 41

Halle, 13. Oktober 1928

4. Jahrgang

Wege zur Reichsreform

Während die außenpolitischen Fragen, wenigstens für Deutschland zunächst etwas zurücktreten, drängt die Reform der Reichsverwaltung stark in den Vordergrund. In diesem Monat finden zwei Konferenzen mit den Vertretern der Länder statt, die sie zum Gegenstand haben. Dabei ist die Vorbereitung im Reichsjustizministerium unter Leitung von Webers doch immerhin nur ein Ausschritt. So bedeutungsvoll auch eine Vereinheitlichung der Justiz wäre, bleibt sie im Rahmen dessen, was vorher in der Sitzung der Ministerpräsidenten zur Abänderung der bestehenden Verhältnisse auf allgemeinem Gebiet erörtert werden soll. Ueber die Bedeutung dieser Probleme ist man sich bei uns allmählich klar geworden, nachdem Jahre hindurch große Parteien und mit ihnen gewisse Länderregierungen den heftigsten Widerstand geleistet und die Notwendigkeit einer solchen Reform bestritten haben. Diese Stimmen wenigstens sind verstummt. Allerdings sind damit die Schwierigkeiten nicht etwa überunden. Man kann es sogar als zweifelhaft bezeichnen, ob die Widerstände nennenswert vermindert worden sind. Was sich dagegen rührt, muß unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Es ist nicht einheitlich. Einmal sind es die üblichen Personalfragen, andererseits will kein Völkchen aufgeben zu Aus und kommen des großen Ganzen. Das gilt vom Ministerium so gut wie von den nachgeordneten Stellen. Darüber muß man zur Tagesordnung übergehen. Dann kommen jene Städte, die heute beinahe ausschließlich von der Regierung und den Parlamenten leben. Dessau, Schwernitz, Strelitz, Demold, Wilsberg, sinken in die Verarmungslosigkeit kleiner Provinzialstädte zurück, wenn ihre Einkünfte fortfallen. Auch darüber kann keine Rücksicht genommen werden. Wägher sind wirtschaftliche Bedenken. Wänder der Staat hat sich nur ermutigen können, weil er eine eigene Vertretung in Berlin hatte, die diese Interessen wahrnahm. Erinnerung sei an die Ratvorkommen an Kofel, an die Gesandten, an die Missionen und vieles andere. Das letzte Nennens ist die Frucht, die Eigenart der Deutschen Schwärme könnte bleiben. Diesen Einwand jedoch ist als den schwächsten anzusehen, denn die gewaltige Kulturerhaltung Deutschlands, die nirgends in der Welt ihres Gleiches hatte, beruht ja nicht zuletzt darauf, daß wir viele Kulturzentren besitzen, die von ihren Fürsten oder Regierungen gefördert wurden. Wir sind der Aufzucht, daß entscheidender Wert darauf gelegt werden muß, diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht abzugeben. Im Gegenteil. Je stärker die Zentralisation der Gesetzgebung wird, umso forgeramer muß das Eigenleben behütet werden. Das läßt sich aber auch durchaus erreichen. Denn selbst in dem ein glänzendes Beispiel. Köln und Frankfurt, Magdeburg und Hannover haben sich weiter entwickelt, obwohl sie in einem 40-Millionen-Staat zusammengefaßt worden sind.

Groß-Preußen?

Im meisten wird der Weg über Groß-Preußen befristet. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Im Norden ist man williger, staatliche Hoheitsrechte an zu opfern, als im Süden. Diese Stimmung will man ausnützen. Man will das Deutschland nördlich des Main einheitlich gestalten in der Hoffnung, daß sich dann der Süden von selbst anschließt, weil er keine anderen Möglichkeiten besitzt, zur Geltung zu kommen. Es ist also die Politik des schwächeren Widerstandes. Davon acht auch Luther in seinem Bund der Erneuerung aus. Man hat uns erklärt, die Gefahr einer neuen Mainlinie sei nicht groß. Wir sind genau entgegengesetzter Ansicht. Auch wenn man im Nordstaat dafür Sorge trägt, daß der Einfluß dieses Groß-Preußen nicht überwiegt, und das ist leicht zu erreichen, da ja die Verfassung von Weimar Preußen nur zwei Fünftel aller Stimmen zugebillt, wird doch der Druck zu groß. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Mit Ausnahme der Wasserkräfte besitzt kaum der Norden alles. Er ist tatsächlich Deutschland. Daß sich dagegen der Partikularismus rührt, ist selbstverständlich. Er kann diese Hebermacht nicht ertragen. Dazu kommt, daß dieser Norden ja auch vollständig anders zusammengefaßt ist, als der Süden. Slavischer Einfluß überwiegt im Gegensatz zum romanischen. Auch kommt der konfessionelle Unterschied hinzu. Man soll diese Impponderabilien nicht unterschätzen. Sie haben in unserer Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Gerade weil die Menschen unter ihnen vor allem die Vansafälle, aber auch Gauen und Thüringen reichswilliger sind wie etwa Bayern und Württemberg, soll man eine gewisse Zurückhaltung malen lassen. Nach 1866 hat Bismarck das Ansehen Bayerns, in den Norddeutschen Bund einzutreten, abgelehnt, um die Regierungen in Stuttgart und München

nicht vor der Kopf zu stoßen. Diese Politik hat sich durchaus bewährt. Sie kamen alle, als der Krieg gegen Frankreich ausbrach.

Reichslande?

Es ist sehr viel auch von der Möglichkeit gesprochen worden, Reichslande zu schaffen, d. h. Staaten, die ihre gesamte Oberhoheit an das Reich abgeben und von ihm nur verwaltet werden. Verfassungsmäßig bestehen dafür nicht die geringsten Aussichten. Vor allem laßt sich nicht die Schwere der Aufgabe, die Reichsstaaten nicht zu verlieren, auf die Reichsstaaten nicht zu übertragen. Soll das Reich die Steuern von Kinn-Deutmal oder von Anhalt abgeben? Damit würden die künftigen Staaten nicht einverstanden sein, weil die Macht des Reiches auf ihre Kosten erheblich wachsen müßte. Die Stimmen zu streichen, geht auch nicht an, denn das würde eine Verminderung ihres Reiches mit sich bringen, zu der kein Anlaß vorliegt. Auch würde es sich von selbst zeigen, daß diese Länder vom Reichstage bevorzugt werden, da er ja für sie die volle Verantwortung trägt. Es hätte auch gar keinen Zweck, wenn nicht Preußen, Sachsen und Thüringen zu ihnen gehören. Eine Vereinheitlichung wäre ohne das nicht zu erzielen. Kommen sie aber, so haben wir wieder Norddeutland in Personalunion mit dem Reich gegenüber den selbständigen süddeutschen Staaten, also ungefähr Groß-Preußen. Alles, was wir oben darüber gesagt haben, hätte dann keine Geltung.

Die Personal-Union

Von vielen Seiten, darunter auch vom Stahlhelm, wird eine Personalunion zwischen Reich und Preußen geordert. Der Reichspräsident wäre gleichzeitig Staatspräsident, der Reichsmarschall Preussischer Ministerpräsident. Wie sich dann der Einfluß verhielte, kann man nicht wissen. Die Anhänger auf der Rechten glauben offenbar, Preußen würde zurückgedrängt, was ja aus parteipolitischen Gründen für sie erfürsverständlich ist. Das ist möglich, aber nicht gerade erfreulich, denn es müßte im alten Preußen, also den Gebieten diesseits der Elbe, eine Reichsverdorbenheit hervorgerufen, weil ja Westen voraussichtlich mit dem Süden häufig zusammengehen würde. Sie stehen durch Religion, Abstammung und teilweise gemeinschaftliche Geschichte einander näher, als sie beide dem Osten. Es kann aber auch umgekehrt kommen, daß Preußen die Führung erhält. Auch das wäre nicht gerade zu begehren. In Wirklichkeit ist es das Ausweg, den man als Zeitverfäher auf eine große Wunde bezeichnen kann. Auch Luther hat viel zur Begründung gesagt, stichhaltig war nicht.

Die Vorschläge Dr. Brechts

Ernie Bedeutung verdienen Vorschläge, die der Preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, den Herr von Wendell aus dem Reichsjustizministerium herausgedrängt hat in Elm vor dem Verein der Kommunalbehörden ausführlich erörtert. Er verlangt gleichartige Dezentralisation und weitgehende Übertragung von Aufgaben zur selbständigen Erledigung. Wie er sich die Sache denkt, zeigte es an dem Beispiel Mecklenburgs, das seine Justiz wegen zu hoher Kosten dem Reich angeboten hat. Da dieses aber keine eigene Justizverwaltung besitzt — seine einzige Instanz für Rechtssprechung ist das Reichsgericht in Leipzig — soll Preußen diese Aufgabe übernehmen. Jedes Land, das sich Arbeiten ersparen will, könnte dann das Reich als Vermittler anrufen. Für eine kurze Uebergangszeit ließe sich darüber werden. Wir sehen aber auch darin nur die Fiktion. Was uns helfen kann, ist einzig und allein der Einheitsstaat, um diesen gefährlichen Namen einmal anzuhängen. Aber nur der Dezentralisierte. Es wäre unangenehm, wenn die Berliner Bürokratie ganz Deutschland bis in die letzten Winkel regierte, wobei nur ausdrücklich bemerken wollen, daß die Berliner Bürokratie nicht etwa aus Preußen besteht, noch nicht einmal überwiegend aus Preußen. Das süddeutsche Element ist in ihr stark vertreten und genau so repräsentativ eingestellt wie alles Andere. Wir sind der Auffassung, daß eine Vereinheitlichung zugleich mit der Dezentralisation erfolgen muß. Vielleicht muß diese sogar vorgehen. Zum mindesten sollten die Entwürfe für sie fertig sein, ehe man an das große Problem herantritt.

Die Dezentralisation

Was wir darunter verstehen, muß einmal klargestellt werden. Von allen Behörden ist nur die Post auf diesem Wege vorwärts gegangen. Der Oberpostdirektor hat gewisse Beauftragte in seinem Amtsbezirk. Er kann Gelder bewilligen und Anschaffungen anordnen, ohne erst der Finanzverwaltung zu berathen, was meistens sehr lange dauert. Sonst ist das nirgends der Fall. Wenn am Amtsgericht

in Kleinleifersdorf die Sekretärin beirathet, hat der Amtsrichter eine neue zu beantragen, da der Posten erledigt ist. Sein Schreiben geht an das Landgericht, von diesem an das Oberlandesgericht, das es an das Justizministerium weitergibt, und da es sich um eine Geldfrage handelt, muß das Finanzministerium angerufen werden, dessen Entscheidung dann auf genau demselben Wege zurückgeht, bis sie nach einem halben Jahre in Kleinleifersdorf eingetroffen ist. Ebenso wird in der Verwaltung, bei den Domänen, bei den Finanzämtern, ja, bei jeder Behörde verfahren. Die Provinzen und entsprechend die Länder, die Provinzen bleiben, müssen in dieser Hinsicht von der Zentrale losgelöst werden. Was nur die Provinz angeht, hat der Provinziallandrat zu erleben im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten. Vielleicht kann man auch die Leiter verfallen jeder Provinz dazu rechnen. Ebenso die Schulen, das Reich hat nur die Richtlinien zu schaffen und die Zweige zu verwalten, die allen gemeinsam sind, wie Post, Eisenbahn, Wasserstraßen. Aber auch hier mit der Einschränkung, daß sich die Zentrale nicht um jede kleine Kleinigkeit kümmert. Geht man einen anderen Weg, so schafft man eine Bürokratie, die Deutschland in Grund und Boden reuert. Hat man aber nicht mehr davor zurückgeschreckt, dann soll man auch nicht mehr davor zurückschrecken, die Dohet der Länder aufzugeben. Hat man in München und Karlsruhe widersteht, ist ganz gleichgültig. Ein Volkseinstimmlich würde aus Ziel führen. Dann würde sich auch zeigen, daß der Partikularismus nur oben und nicht unten besteht.

Pressfreiheit

Der Vertreter der Saarpresse in Paris, Moran, hat das Mandatbrotchen des Anat O'Donohue an die französische Gesellschaft über das Marineabkommen nach New York geschickt, wo es „New York American“ veröffentlichte. Der Sturm der Empörung hat sich ja auch inzwischen noch nicht gelegt. Wo Moran das Dokument erhalten hat, ist durch die Unterredung offenbar nicht klargestellt worden. Die französische Regierung hat darauf das Dummste getan, was sie tun konnte, nämlich Moran erst verhaftet und dann ausgewiesen. Mit Recht fragt Moran in seiner Klage, ob die französische Regierung damit zugeben wolle, daß ihre Geheimdiplomatie befehllich war. Seit argwohnt man erst recht, daß das Abkommen Dinge enthält, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Die Pressfreiheit ist eben ein Sauerbrunnen, das man nicht entbehren kann.

Die italienische Note

Die Antwort Italiens auf die Mitteilung ihres Marineabkommens ist fühlnehmend, doch nicht daran liegt die Bedeutung. Mussolini fordert die Gleichberechtigung mit Frankreich zur See. Ausgeschlossen lautet das einleitende Echo in der Pariser Presse, die schlammig erklärt, dann werde Italien die Herrschaft im Mittelmeer an sich reißen und vielleicht sogar Tunis überfallen. Deutscher kann man nicht mehr werden. Für die europäische Politik ist dieser Schritt der italienischen Schloßter jedenfalls sehr bemerkenswert. Er kann eines Tages ein Kernproblem werden.

Richard May

Die Rettungsaktion für Thälmann

Der Note Frontkämpferbund läßt seinen obersten Chef nicht im Stich. Die Wostauer Zentralisierung der kommunistischen Partei wird seit dem Tage, an dem der Reichstag für Thälmann erlassen wurde, mit Zufriedenheit und Bestürzung beobachtet, die sich für die Anknüpfung des Bedrohlichen einsetzen und keine sofortige Beifreiheit nach Deutschland verlangen. Die Gegner Thälmanns in der deutschen kommunistischen Gruppe werden verächtlich, im mit den Mitteln einer bösartigen Intrige verfahren zu haben, um das Befahren gegen ihn innerparteilich auszuspielen und ihren Anschuldigungen zum Siege zu verhelfen. Der scharfe Druck, der auf diese Weise ausgeübt wird, scheint nicht ohne Wirkung zu bleiben. Wie in der kommunistischen Presse berichtet wird, hat sich die maßgebende Wostauer Instanz dahin geäußert, daß die bisherige Art des Vorgehens gegen Thälmann ein Fehler gewesen sei und daß sie ihre Zustimmung zu dem Beschluß zurückziehe, der ihn vor das oberste Parteigericht zitierte. Man erwarte eine Revision dieses Beschlusses durch das OTRI und eine Rehabilitierung Thälmanns. Die Bemerkung scheint also sehr erheblich zu sein, namentlich offenbar unter dem Eindruck, daß man den Gegner willkommene Material und eine gefährliche Waffe bietet. Vielleicht rettet diese Erkenntnis Thälmann.

Wirtschaftspartei und Staat

Doch unter den schlimmen Folgen des Weltkrieges hat die Wirtschaftspartei, also die selbständigen Elemente in Handwerker, Gewerbe und Kleinhandel, auch heute noch ganz besonders leidet — wer wollte das leugnen? Es ist daher auch sehr wohl verständlich, daß die Angehörigen des Mittelstandes, die den Druck der finanziellen Anforderungen von Reich, Staat und Gemeinden in vollem Umfange zu tragen haben, die von der Notlage aller Einzelwirtschaften so fühlbar mitbetroffen werden, verstimmt, verärgert, verbittert sind und bringend nach Rettung aus einem auf die Dauer unhaltbaren Zustande Umschau halten. Ueberaus bemerkenswert ist es, daß die beteiligten Kreise in nicht geringerem Umfange falschen Lösungen ihr Ohr geliehen haben und Rettung von einer Partei erhoffen, die rückwärts losen Materialismus predigt, den Staat zwar nicht leugnet, aber jede Staatspolitik als nebensächlich behandelt, die infolge dessen auf kein wirkliches politisches Programm beruht, sondern alles Heil von der Durchführung eines rein mittelständlerischen Programms erwartet. Diese Gruppe, die Wirtschaftspartei oder Reichspartei des deutschen Mittelstandes, hat bei den letzten Reichstagswahlen nicht geringen Zulauf gefunden, da sie mit Versprechungen nicht gefahrt und jedem Lebenswichtig zum Munde geredet hat: mit ihren rund 1,4 Millionen Wählern und ihren 23 Reichstagsmandatären stellt sie die einzige „bürgerliche“ Partei dar, die bei den letzten Wahlen einen namhaften Stimmengewinn zu verzeichnen hat.

Dieser Erfolg verdankt die Wirtschaftspartei zum großen Teil ihrer Agitation, die bemüht bei den Handwerkern und Kleinrentnern die Vorstellung zu wecken sucht, als sei es möglich, unter Aufgrasung aller anderen Faktoren wirtschaftlicher und politischer Art lediglich dem Mittelstande seine Existenz dauernd zu sichern. Der Führer der Wirtschaftspartei Abgeordneter Drewnig hat dies einmal so formuliert: „Die Mittelständler wollen nicht eine Partei sein, die allen Schichten der Bevölkerung gerecht wird, sondern die das Besten für sich offen und ehrlich, in erster Linie dem Mittelstand dienen soll.“ Von dem Staat aus der Grundlage aller Wirtschaft und Politik ist bei der Mittelstandspartei recht wenig die Rede, obwohl gerade im Laufe der letzten Jahre aus Grund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen einflussreiche Führer der Wirtschaft aus Großhandel, Schwerindustrie und Bankwesen, die der Wirtschaft früher am liebsten den ersten Platz im Staate zugewiesen hätten, erkannt und es auch offen ausgesprochen haben, daß dem Staat immer der Vorrang und die Oberhoheit über die Wirtschaft gebührt. Die Wirtschaftspartei dagegen weiß nichts davon, daß erst das Vaterland kommt, dann der Beruf und der Bürger, und daß der einzelne Stand nur gegeben kann, wenn es um das Ganze wohl steht. So vermeidet denn diese Partei auch jede deutliche Stellungnahme zu den großen ersten Problemen der Staatsform, der Verfassung des geistigen und kulturellen Lebens, der auswärtigen Politik; nur das eigene materielle Interesse wird in den Vordergrund gehalten. Wie der mittelständlerische Abgeordnete Vorrmann einmal mehr wahr als sich ausdrückte: „Unser Weltanschauung besteht in der Frage: Was haben wir morgen zu essen?“ — Bei der Weichgläubigkeit gegen den Staat und seine wesentlichen Aufgaben erklärt sich auch leicht, daß die Wirtschaftspartei so oft im Reichstag bei Beschläüssen über politische Fragen konform gestimmt hat, selbst bei den lebenswichtigen Problemen, die das neue Deutschland kennt, so bei dem Locarno-Vertrag und ähnlichen Fällen. Die Führer der Wirtschaftspartei haben diese bejämmernde Unselbständigkeit mit der Behauptung zu entschuldigen versucht, daß Auseinandersetzungen zürne daher, daß die Faktion der Wirtschaftspartei die Weichgläubigkeit, zu der die Wirtschaftspartei im früheren Reichstag gehörte, aus ganz verschiedenen voneinander unabhängigen Elementen zusammengesetzt gewesen sei, aus der Wirtschaftspartei, den Deutsch-Bannoverern und dem Bayerischen Bauernbund; jede dieser Parteien habe eben nach ihren Grundfragen gestimmt. Das trifft

nicht zu, denn bei diesen bedeutsamen Abstimmungen haben auch die Angehörigen der Wirtschaftspartei einander widersprochen, ja gerade bei dem Locarno-Vertrag. Ein anderes Beispiel von vielen: Der eine Führer der Wirtschaftspartei Abgeordneter Drewnig unterzeichnete als Mitglied der Liberalen Vereinigung eine Kundgebung gegen den Schulgesetzentwurf; der andere Führer der Partei, Abgeordneter Dr. Dredt, erklärte sich zur selben Zeit mit dem feindlichen Schulgesetzentwurf einverstanden. Und dann noch einen Fall: Im Oktober 1925 veröffentlichte Abgeordneter Dr. Dredt einen Aufsatz, worin er unter Bezugnahme auf die Agitation für die Fürstenerhebung nachwies, daß nach Artikel 153 der Reichsverfassung das gesamte Eigentum durch einfaches Reichsgesetz ohne alle Entschädigung entzogen werden könnte; ein paar Wochen später aber erklärte derselbe Abgeordnete Dr. Dredt im Reichstag, daß der Artikel 153 eine Entzögerung ohne Entschädigung ausschliesse.

Derartige Widersprüche hat sich die Wirtschaftspartei schon zu Duzenden geleistet. Man sieht daran, daß bei ihr das staatliche Interesse nicht gut ausgehoben ist. Ohne Förderung dieses Interesses und ohne lebhafteste Beteiligung an allen Aufgaben, die dem Staate zuteil kommen, aber kommt man als Mittelständler, dem es um seine Bestrebungen ernst ist, nicht weiter. Heute könnte allmählich wohl jeder eingesehen haben, daß der Staat auf die Entzögerung der Wirtschaft den weitestgehenden Einfluß ausübt, und daß es nicht angeht, vor den staatlichen Aufgaben die Augen zu verschließen, sei es, weil man sie nicht für wichtig genug hält, sei es auch — und dies gilt recht stark von der Wirtschaftspartei — weil man durch eine klare Stellungnahme zu bestimmten Problemen den einen oder den anderen Anhänger vor den Kopf stoßen will. Auch wenn man das Wort, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, in diesem Zusammenhang außer Betracht läßt und sich rein an die ökonomischen Tatsachen hält, läßt sich die Bedeutung des Staates und seiner Funktionen auch für die wirtschaftliche Lage nicht verkennen.

Was folgt aus alledem? Daß die Weichgläubigkeit der Wirtschaftspartei gegen die Staatspolitik unmaßstäblich, unehrlich und schädlich ist. Schädlich auch im Hinblick auf die Ziele, die die Partei zu erreichen sucht. Staatsgesinnung muß gepflegt und gefördert werden, nicht nur aus dem inneren Volksbewußtsein heraus, nicht nur zur Führung einer fruchtbareren auswärtigen Politik, nicht nur zur Aufrechterhaltung unserer nationalen Kultur, sondern auch zur geistlichen Pflege unserer wirtschaftlichen Belange. Wenn daher eine Partei kommt, die den Anspruch erhebt, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten, und wenn diese Partei keine einwandfreien Antworten zu geben weiß auf die Fragen: Wie hält es mit uns mitgerade? Wohin führt uns das mit der Demokratie, wie hält es das mit den Reichspartei, wie hält es das mit einer freizeitleichen Kultur? — dann wird man ihr auch nicht glauben dürfen, daß sie imstande ist, die Räte von Handwerk und Gewerbe zu befehlen.

Volksbegehren

Die Kommunisten und der Stahlhelm.

Von Dr. K. L. S., Reichsminister a. D.

Unter normalen Verhältnissen sollen in einem parlamentarisch regierten Land das Parlament und die von ihm bestimmte Regierung die Initiative der Gesetzgebung haben. Ein Ansehen des ganzen Volkes muß für ganz besondere Lebensprobleme vorbehalten bleiben. Die Regierung zur Herbeiführung eines Volksentscheides wird — abgesehen natürlich von den aus reinen Demagogie unternommenen — um so seltener sein, je weniger Parlament und Regierung selbst durch entsprechende Gesetze oder Ausreden die entscheidenden Probleme ansprechen.

Gegenwärtig sind zwei Volksbegehren zu erwarten. Das eine wird von den Kommunisten betrieben und hat das

gesetzliche Verbot der Erbauung von Panzerzeugern zum Ziele. Das klar erkennbare Motiv ist seine Demagogie vor der Front gegen die Sozialdemokraten. Da die Sozialdemokratie offiziell Waffensieg nicht will, ist das negative Schicksal der Aktion von vornherein besiegelt. Es verdient aber doch festgestellt zu werden, daß die jetzige Einstellung der Sozialdemokratie sich wesentlich und vorteilhaft von ihrer Haltung im Jahre 1926 unterscheidet. Damals markierte sie bei der Fürstenerhebung mit fliegenden Fahnen hinter die Kommunisten her, obwohl ein demokratisches Initiativgesetz und eine Regierungsvorlage eine viel bessere Regelung erstritten, als sie dann infolge Verfassens der Sozialdemokratie erreicht werden konnte.

Das zweite Volksbegehren ist vom Stahlhelm zu erwarten, der von vaterländischen Verband zur politischen Korporation sich gewandelt hat. Diese Wandlung ist zu begrüßen. Sie schafft klare Verhältnisse und zwingt die politischen Parteien, Farbe auch in Dingen zu bekennen, wo einige von ihnen aus laienhaften Gründen bisher laubten oder zwei „Hilfen“ unterhielten. Die Einzelheiten dieses Volksbegehrens sind noch nicht bekannt, aber die Begründung ist mit zweifelsfreier Deutlichkeit zu erkennen. „Wir wollen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form, seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen“ — man wird sich in robuster oder dantesquer Festschheit die Motive des Vorgehens des Stahlhelms klar setzen, damit ich auch ohne weiteres die Einstellung für die gegeben, die nach zehnjähriger mißglückter Arbeit nicht wieder von vorn anfangen wollen. Wenn die Aktion des Stahlhelms dem beiträgt, Regierung und Parlament die zum Ueberdruß übertriebenen großen Reformprobleme, Wahlreform, Reichsreform, Erneuerungsgesetzform aus dem Blick theoretischer Erörterungen in das Stadium herbeizuführen angestrichelt, geistlicher Übung zu überführen, so wird nicht nur den Stahlhelmen der Wind aus den Segeln genommen, sondern ihr Vorgehen wird dann eine, wenn auch ungewollte, Festigung der Republik nach Form und Inhalt bringen.

Die sächsische Wirtschaftspartei gegen ihren Finanzminister

Kurz vor dem Wiederaustritt des sächsischen Landtages unternimmt jetzt die sächsische Wirtschaftspartei gegen den Finanzminister Weber, der ihr selbst angebot, einen scharfen Vorstoß. Während die übrigen Parteien mit ihrer Kritik an Webers Politik zurückhalten, ist die Wirtschaftspartei mit ihm am unangenehmsten. Er hat allerdings keine Parteifreunde fast enttäuscht, denn er, der als Syndikus des Handwerks vor dem Landtagsausbruch 1926 mit größter Schärfe die Erhebung der Realsteuern und die Aufhebung der Schladfächer gefordert hatte, hat keine seiner Forderungen verwirklicht, nachdem er Finanzminister geworden ist.

Vor kurzem hat nun ein führendes Mitglied der sächsischen Wirtschaftspartei, Dr. Grumbt, in einer Berichterstattung des in dieser Partei sehr einflussreichen Verbandes Sächsischer Hausbesitzer erklärt, der sächsische Mittelstand sei am Ende seiner Geduld und werde nimmermehr durch einen Antrag im Landtag das fordern, was ihm auf Grund des § 4a des Reichsfinanzausgleichsgesetzes zustehe, nämlich daß die Mehrerträge aus den direkten Realsteuern zur Senkung der Realsteuern verwendet werden.

Parteinachrichten

Anton Erkelens 50 Jahre

Unser Führer und Freund Anton Erkelens rückt nun auch in die Reihe der Fünfzigjährigen ein. An diesem Lebensjahrtritt kommt zu ihm Dank und Gruß von seinen Freunden im Lande, die für die gleichen Aufgaben kämpfen, an die Erkelens sein Leben gesetzt hat. Der Begriff des „Volkstammes“ in seinem Leben und tiefsten Sinne verankert sich in Anton Erkelens. Er hat immer Wert darauf gelegt, auf die Stimmen zu hören, die von unten kamen.

Die Zeitung im Gefängnis

Der „Leuchtturm“.

Von Dr. Humann, Präsident des Strafvollzugsamtes in Westfalen.

Mehr als 280 000 Menschen waren im Rechnungsjahr 1927 allein in den preussischen Strafanstalten und Gefängnissen untergebracht. Diese Zahlen zeigen, daß der Strafvollzug eine Angelegenheit ist, die auch in unser Gemeinheitsleben tief eingreift, und es ist deshalb mit Dank zu begrüßen, daß der preussische Justizminister Dr. Schmidt eine Publikation angeordnet hat, die über das Wesen und die Fragen des Strafvollzuges Aufklärung gibt. Diese Darstellung „Strafvollzug in Preußen“ ist erschienen in der Schriftenreihe der Verwaltungsakademie Berlin bei J. Neudörfer, Mannheim, Berlin, Leipzig. Besonders Interesse verdient das Kapitel über die eigenartige Gefangenenzeltung „Der Leuchtturm“.

„Der Leuchtturm“, daß der Gefangene über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Laufenden gehalten werden muß, hat sich schon seit Jahrzehnten durchgesetzt. Bereits im Jahre 1889 läßt Kropke, wenn auch zögernd und misstrauisch, die politische Tageszeitung in die Gefängnisse hinein.

Die Staatsanwaltschaft und die Verfassung von Weimar änderten von Grund auf die Stellung des einzelnen zum Gemeinwesen. Der Staatsbürger erhebt mit weitgehenden öffentlichen Rechten eine entsprechende Verantwortung. Nach der zeitlichen Gefangenen hat eines Tages die Mitverantwortung für das öffentliche Geschehen zu tragen, wenn er auch für eine begrenzte Zeit noch an der Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft behindert sein mag. Wenn man daher früher sein Interesse an einer politischen Zeitung mehr aus fürerprobten Erwägungen betrachtete, so mußte man ihm von nun an das Recht auf die Zeitung auch aus staatspolitischen Gründen zueräumen.

Die preussische Justizverwaltung überzieht nicht, reißt diese Konsequenz zu ziehen. Bereits im Dezember 1918

eröffnete sie weit die Tore ihrer Anstalten für die Zeitungen aller Parteien und gab die ganzen Mittel des Gefangenen für das Bezugsgehalt frei. Diese Großzügigkeit wurde ihr nicht gedankt. Die zügellose Sprache anderer Organe und die Revellen in den Anstalten nötigten bereits im Jahre 1921 zum Ausschluß der radikalen Presse. Vom Jahre 1923 ab durfte der Gefangene nur noch von seinem Hausgeld den Bezugspreis bezahlen. Auch konnte er nur noch in der Zelle seine Zeitung halten; es hatte sich als unmöglich herausgestellt, in einem Gemeinschaftsraum Frieden und Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn dort Zeitungen verschiedener politischer Richtungen gelesen wurden. Der Versuch, den Gefangenen in Verbindung mit den neulichgeleiteten Sonntagsarbeiten das Wichtigste aus dem öffentlichen Leben mündlich vorzutragen zu lassen, mißlang. Es fehlte an dem „wirklich unparteiischen“ Beamten, es fehlte noch mehr an dem gewandten Redner, der den heißen Stoff interessant vorzutragen versteht.

Inderezeitlich setzte es seit dem Ende der Inflation und noch mehr seit dem Beginn der Stabilisierung dem Gefangenen an dem nötigen Verdienst, um den Bezugspreis einer Zeitung zu erheben. Eine Tageszeitung ist kaum noch unter 3 Mark monatlich zu haben. Das ist etwas mehr als der Gefangene im Durchschnitt an Hausgeld verfügbar hat. Zudem ist er bei allem politischen Bewußtsein nicht geneigt, zugunsten seiner Zeitung dauernd auf den Einkauf von Informationsmitteln zu verzichten. Der Maßstab der Zeitung in den Gefängnissen seit dem Jahre 1924 beruht zum großen Teil auf diesen wirtschaftlichen Gründen, zum Teil allerdings auch auf dem Nachlassen der politischen Spannung.

Trotz der Berücksichtigung des öffentlichen Lebens blieb die staatsbürgerliche Weiterbildung des Gefangenen im staatsrechtlichen Sinne wichtig genug. Daneben hatten die wirtschaftlichen Umwälzungen der Inflation und die rechtlichen Ereignissen der letzten Jahre die Notwendigkeit gezeigt, daß der Gefangene bei seiner Entlassung auch in diesen Dingen auf der Höhe ist.

Man verfuhr in einigen Anstalten noch eine Weile, allerdings ohne besonderen Erfolg, von den Verlegern abgelegte Tageszeitungen gratis zu erhalten. Der Versuch von Zeitungen auf Staatskosten für alle Gefangenen wurde sich aus finanziellen Gründen, er hätte auch zu zahlreichen Beschwerden über angelegte mangelnde Parität geführt.

Es blieb also unangenehm nur die Gründung einer besonderen Gefangenenzeltung übrig. Die preussische Justizverwaltung hatte sich seit Jahren mit diesem Gedanken vertraut gemacht. In den kriegsreifen Ländern bestanden derartige Zellen seit der Kriegszeit. Allerdings hatten sie ein ziemlich bescheidenes Material und dienten neben der Nachrichtenvermittlung auch weitgehend der moralischen Einwirkung auf den Strafling. Die ausländischen Gefangenenzeltungen, von denen hier die italienischen und französischen genannt sein mögen, predigen in sentimentaler Weise Moral. Sie sind allerdings technisch gut ausgestattet.

Das Hauptbedenken in Preußen war die Kostenfrage. Nach ein Ministerialerlaß vom Dezember 1923 betonte, daß an die Herausgabe einer besonderen Gefangenenzeltung bei der finanziellen Lage des Staates nicht zu denken sei.

Die Strafanstalt in Görtz lag sich durch die Sperrigkeit, die angeordneten Sonntagsverträge über die politischen Ereignisse abhalten zu lassen, veranlaßt, in ihrer Druckerei auf der Sandpreise ein kleines Nachrichtenblatt für ihre Gefangenen herauszugeben. Das erste Nummer erschien am 1. September 1924. Sie trug den Titel „Schließliche Anstaltszeitung“ und umfaßte 8 Seiten Folio. In knapper und sachlicher Form waren politische Nachrichten wiedergegeben, es schloßen sich wirtschaftliche und rechtliche Mitteilungen an. Da der Justizminister einen neutralen Titel wünschenswert sah, das Strafvollzugsamt der Zeitung den Namen „Der Leuchtturm“. Unter dieser Bezeichnung kam die Nummer 6 im April 1925 heraus. Die Auflage betrug 20 000 Stück. Die Zeitung des Strafvollzugsamtes in Görtz über „Die Zeitung“ erschien alle 14 Tage in dem älteren Format der großen Tageszeitungen. Sie wurde von jetzt ab auf einer Schnel-

Und er ist immer ein Begleiter gewesen allen, denen das Leben nicht eine bevorzugte Stellung durch Geburt und Reichtum gegeben hat.

Vor dem Kriege war Erzelens in Wort und Schrift ein Kämpfer für die Rechte der Deutschen, die ihren Anspruch, teilhaben an den Staatsgütern der Nationen, geltend machten. Als ein Mann der Sozialpolitik ging er fort von dem Kriege neue und eigene Wege, zeigte er Ziele, um die zu kämpfen und zu arbeiten sich lohnte. Den



Anton Erzelens.

sozialpolitischen Pflichten des Staates und der Arbeitgeber hat er aber auch die sozialpolitischen Pflichten der Arbeitnehmer entgegen gesetzt. Manches von dem, für das er vor dem Kriege stritt, ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Dies bleibt noch zu tun, und insofern hat auch Anton Erzelens, der fünfzigjährige, noch große Aufgaben vor sich. Seine Auffassungen sind nicht immer ohne Widerspruch geblieben, und zwar deshalb nicht, weil er neue Wege zu neuen Zielen suchte. Die Demokratische Partei aber ist nicht eine doktrinaire Angelegenheit, und in keiner anderen Partei bleibt Erzelens eine solche Wirkungs- und Entfaltungsmöglichkeit gefunden als gerade bei uns. Seine ganzen Kräfte widmete Erzelens der jungen Republik und den Problemen, die der neue Staat wirtschaftlich und politisch brachte.

Die Wehranforderungen der Nachkriegszeit sind auch an Anton Erzelens nicht spurlos vorübergegangen. Die Deutsche Demokratische Partei erwartet, wenn er in seiner Gesundheitskraft in die Reihe der Kämpfer wieder eintritt, noch viel von ihm. Die Republik braucht Männer wie Erzelens, der durch seine Aufrichtigkeit und seine Herzlichkeit die Achtung und die Freundschaft aller Gesinnungstreue besitzt.

Bezirk Halle Stadtvorordnetenwahl

Heinliche Entscheidung vom „Ordnungsblat“.

Halle. Unsere Mitglieder werden sich daran erinnern, daß bereits im Januar Beratungen eintraten, um auch für die damals mit Ablauf d. 3. vorgesehene Stadtvorordnetenwahl wiederum eine Einheitsliste auf der Grundlage eines sogenannten „Baterländischen Ordnungsblatts“ zustande zu bringen. Wenigstens wir schon damals der Ansicht waren, daß die vom „Ordnungsblat“ geleistete Arbeit nicht nur an das Gut und ihr beim Stadtkonkurrenz und bei Belegung der 2. Bürgermeisterei keine für die Stadt als glückliche gewesen sei, so beteiligten wir uns zunächst doch an den Beratungen und beachten auch die im Wesen von Vertretern wichtiger Parteien und Wirtschaftsgruppen am 10. Januar abgehaltenen Sitzung. Als in dieser aber gegen Schluß der Beratungen der Beauf-

tragte des Stahlhelms erklärte, an einer Einheitsliste, auf der auch Demokraten ständen, würde sich der Stahlhelm nicht beteiligen, was es für uns selbstverständlich, daß wir die Herrschaften unter sich ließen und jede weitere Beteiligung an den Beratungen ablehnten. Im Laufe der Monate mußte man aber erkannt haben, daß das brüske Verhalten des Stahlhelms uns gegenüber in weiten Kreisen der Bürgerchaft starken Unwillen ausgelöst hatte. Zudem hatte man an den betreffenden Stellen auch wohl selbst den Eindruck, daß eine beratige Diktatur des Stahlhelms wenig erträglich sei. Kurz und gut, man trat durch den Weiter des derzeitigt gewährten Ausschusses für die Einheitsliste wiederum an uns heran und legte uns eine Beteiligung an den Beratungen nahe. Man schrieb uns sogar, der Stahlhelm sei anderen Sinnes geworden und wolle seine Bedenken gegen unsere Beteiligung zurückziehen.

Unsere Auffassung nach haben wir gar keine Veranlassung, uns in ein Abhängigkeitsverhältnis von dem Wohlwollen des Stahlhelms zu begeben. Wir suchen die Herrschaften nicht. Und so haben wir auf eine wiederholte Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Direktor Buchmann, an diesen am 8. 10. nachfolgendes Schreiben gelangen lassen:

„Sehr geehrter Herr Buchmann!

Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 26. 9. an unsere Vorsitzenden, Herrn Müller, mit beifolgender Einladung zu einer Sitzung des 2ter Ausschusses, teile ich Ihnen im Auftrage unseres Vorstandes ergeben mit, daß die angelegentlich vom Stahlhelm abgegebene Erklärung, gegen eine Beteiligung der Deutschen Demokratischen Partei an einer bürgerlichen Einheitsliste legt keine Einwendungen mehr zu erheben, uns selbstverständlich in keiner Weise bindend sein kann. Aber selbst wenn diese Erklärung vom Stahlhelm in einer für uns verbindlichen Form noch nachgeholt werden sollte, können wir uns für die Zukunft nicht für die Bürgerchaft der Stadt Halle erhebliches Zusammenarbeiten mit einer Gruppe verpflichten, die bereits in der Vergangenheit der Verhandlung (10. Januar) erklärte, sich nur unter der Bedingung an einer bürgerlichen Einheitsliste beteiligen zu wollen, wenn die Deutsche Demokratische Partei in diese bürgerliche Einheitsliste nicht mit einbezogen würde, und die diesbezügliche in brüsker Form abgegebene Erklärung in einer am 9. Februar abgehaltenen Versammlung der Vaterländischen Verbände durch einen einstimmig gefaßten gleichlautenden Beschluß wiederholt und bestätigt.

Überdies hat die bisherige Arbeit des Vaterländischen Ordnungsblatts in weiten Kreisen der Bevölkerung zweifellos eine so heftige Kritik erfahren, daß bei der Wiederholung einer auf derselben Grundlage zusammengefaßten Einheitsliste nicht mit dem Interesse der Bürgerchaft unbedingt erforderlichen fairesten Wahlbestätigung der nicht sozialistisch eingestellten Kreise gerechnet werden kann.“

Hochachtungsvoll
Herrn Buchmann
Halle, den 10. 10. 1927
Johannes Dornblüth.

Die Auswirkung dieses vom geschäftsführenden Vorstand beschlossenen Schreibens wird unseren Mitgliedern durch die Presse bekannt gemacht sein. Die Deutsche Volkspartei hat nunmehr aus erklärt, sich an einer Einheitsliste auf der Grundlage des „Ordnungsblatts“ nicht wieder beteiligen zu wollen. Diese Erklärung haben einige Wirtschaftsgruppen (ehemals allerdings vorläufig in beider Form) abgegeben. Und da insofern die Stadtvorordnetenwahl bis zum Spätesten nächsten Jahres vertagt worden ist, können wir die weitere Einwirkung der Dinge an uns heranommen lassen. Wir hoffen dabei, das können wir schon jetzt offen bezeugen, daß es möglich sein wird, durch Zusammenfassung von wirklich liberal eingestellten Gruppen gegenüber denjenigen, die wiederum in einem sogenannten Ordnungsblat Unterhändler, eine rein lichte Scheidung herbeizuführen. Denn dann haben auch diejenigen bürgerlichen Wähler, die von der Arbeit dieses „Ordnungsblatts“ genug haben und die

politisch und alles Krinnelle bleiben. Auch muß der Schriftleiter dieses Blattes darauf nehmen, daß sein Blatt von den Angehörigen aller Bekenntnisse, von Frauen und von Jugendlichen gelesen wird. Ein einheitliches Bekenntnis zum deutschen Völkstaat ist für eine antideutsche Selbstverständlichkeit.

Ferngehalten wird jeder Hinweis darauf, daß die Ver-
Gefangene find. Nur in Ausnahmefällen werden Ihnen Nachrichten gebracht, die für sie in ihrer besonderen Lage von Bedeutung sind.

Das Mißtrauen der Gefangenen gegen die ihnen amtlich gereichte Zeitung ist verschwunden. Zahlreiche Dankesbriefe zeigen, was sie ihnen geworden ist. Dieses persönliche Verhältnis beruht nicht zuletzt darauf, daß der Gefangene für seine Zeitung besorgt. Wenn sie ihm unentgeltlich geliefert wurde, so würde er in seinem bekannten Mißtrauen eine Forderung wittern und sie kühnlich ablehnen.

Die Befreiung des „Leuchtturms“ ist eine bescheidene: Er will verhalten, daß der gefangene Staatsbürger dem politischen Geschehen ganz entfremdet wird, und daß er sich bei seiner Entlassung in der veränderten Welt der Freiheit und Wirklichkeit nicht mehr zurechtfindet. Darin sieht die Zeitung ihren Augen, und damit begnügt sie sich.“

trage des Stahlhelms erklärte, an einer Einheitsliste, auf der auch Demokraten ständen, würde sich der Stahlhelm nicht beteiligen, was es für uns selbstverständlich, daß wir die Herrschaften unter sich ließen und jede weitere Beteiligung an den Beratungen ablehnten. Im Laufe der Monate mußte man aber erkannt haben, daß das brüske Verhalten des Stahlhelms uns gegenüber in weiten Kreisen der Bürgerchaft starken Unwillen ausgelöst hatte. Zudem hatte man an den betreffenden Stellen auch wohl selbst den Eindruck, daß eine beratige Diktatur des Stahlhelms wenig erträglich sei. Kurz und gut, man trat durch den Weiter des derzeitigt gewährten Ausschusses für die Einheitsliste wiederum an uns heran und legte uns eine Beteiligung an den Beratungen nahe. Man schrieb uns sogar, der Stahlhelm sei anderen Sinnes geworden und wolle seine Bedenken gegen unsere Beteiligung zurückziehen.

Unsere Auffassung nach haben wir gar keine Veranlassung, uns in ein Abhängigkeitsverhältnis von dem Wohlwollen des Stahlhelms zu begeben. Wir suchen die Herrschaften nicht. Und so haben wir auf eine wiederholte Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Direktor Buchmann, an diesen am 8. 10. nachfolgendes Schreiben gelangen lassen:

„Sehr geehrter Herr Buchmann!

Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 26. 9. an unsere Vorsitzenden, Herrn Müller, mit beifolgender Einladung zu einer Sitzung des 2ter Ausschusses, teile ich Ihnen im Auftrage unseres Vorstandes ergeben mit, daß die angelegentlich vom Stahlhelm abgegebene Erklärung, gegen eine Beteiligung der Deutschen Demokratischen Partei an einer bürgerlichen Einheitsliste legt keine Einwendungen mehr zu erheben, uns selbstverständlich in keiner Weise bindend sein kann. Aber selbst wenn diese Erklärung vom Stahlhelm in einer für uns verbindlichen Form noch nachgeholt werden sollte, können wir uns für die Zukunft nicht für die Bürgerchaft der Stadt Halle erhebliches Zusammenarbeiten mit einer Gruppe verpflichten, die bereits in der Vergangenheit der Verhandlung (10. Januar) erklärte, sich nur unter der Bedingung an einer bürgerlichen Einheitsliste beteiligen zu wollen, wenn die Deutsche Demokratische Partei in diese bürgerliche Einheitsliste nicht mit einbezogen würde, und die diesbezügliche in brüsker Form abgegebene Erklärung in einer am 9. Februar abgehaltenen Versammlung der Vaterländischen Verbände durch einen einstimmig gefaßten gleichlautenden Beschluß wiederholt und bestätigt.

Überdies hat die bisherige Arbeit des Vaterländischen Ordnungsblatts in weiten Kreisen der Bevölkerung zweifellos eine so heftige Kritik erfahren, daß bei der Wiederholung einer auf derselben Grundlage zusammengefaßten Einheitsliste nicht mit dem Interesse der Bürgerchaft unbedingt erforderlichen fairesten Wahlbestätigung der nicht sozialistisch eingestellten Kreise gerechnet werden kann.“

Hochachtungsvoll
Herrn Buchmann
Halle, den 10. 10. 1927
Johannes Dornblüth.

Die Auswirkung dieses vom geschäftsführenden Vorstand beschlossenen Schreibens wird unseren Mitgliedern durch die Presse bekannt gemacht sein. Die Deutsche Volkspartei hat nunmehr aus erklärt, sich an einer Einheitsliste auf der Grundlage des „Ordnungsblatts“ nicht wieder beteiligen zu wollen. Diese Erklärung haben einige Wirtschaftsgruppen (ehemals allerdings vorläufig in beider Form) abgegeben. Und da insofern die Stadtvorordnetenwahl bis zum Spätesten nächsten Jahres vertagt worden ist, können wir die weitere Einwirkung der Dinge an uns heranommen lassen. Wir hoffen dabei, das können wir schon jetzt offen bezeugen, daß es möglich sein wird, durch Zusammenfassung von wirklich liberal eingestellten Gruppen gegenüber denjenigen, die wiederum in einem sogenannten Ordnungsblat Unterhändler, eine rein lichte Scheidung herbeizuführen. Denn dann haben auch diejenigen bürgerlichen Wähler, die von der Arbeit dieses „Ordnungsblatts“ genug haben und die

politisch und alles Krinnelle bleiben. Auch muß der Schriftleiter dieses Blattes darauf nehmen, daß sein Blatt von den Angehörigen aller Bekenntnisse, von Frauen und von Jugendlichen gelesen wird. Ein einheitliches Bekenntnis zum deutschen Völkstaat ist für eine antideutsche Selbstverständlichkeit.

Ferngehalten wird jeder Hinweis darauf, daß die Ver-
Gefangene find. Nur in Ausnahmefällen werden Ihnen Nachrichten gebracht, die für sie in ihrer besonderen Lage von Bedeutung sind.

Das Mißtrauen der Gefangenen gegen die ihnen amtlich gereichte Zeitung ist verschwunden. Zahlreiche Dankesbriefe zeigen, was sie ihnen geworden ist. Dieses persönliche Verhältnis beruht nicht zuletzt darauf, daß der Gefangene für seine Zeitung besorgt. Wenn sie ihm unentgeltlich geliefert wurde, so würde er in seinem bekannten Mißtrauen eine Forderung wittern und sie kühnlich ablehnen.

Die Befreiung des „Leuchtturms“ ist eine bescheidene: Er will verhalten, daß der gefangene Staatsbürger dem politischen Geschehen ganz entfremdet wird, und daß er sich bei seiner Entlassung in der veränderten Welt der Freiheit und Wirklichkeit nicht mehr zurechtfindet. Darin sieht die Zeitung ihren Augen, und damit begnügt sie sich.“

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / und der Bildfunk-Apparat steht, der durch drahtlose Bild-Übertragung auch die technische Vollendung des Rundfunk bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt jedesdem verständlich die größte Funkzeitschrift der Deutschen Rundfunk, der überdies allwöchentlich familiäre ausführende Programme aller in- und ausländischen Sender bringt

Erhebt 20 Pf. / Monatshöhe 24 Pf. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Preisblatt gern umsonst vom Verlag, Berlin N 20

Bildfunk

Ein Konversations-Lexikon gehört in jedes Haus. Um jedermann die Anschaffung zu ermöglichen, geben wir es in Wochenlieferungen von 10 Pf. 10 Pf. für jeden 10. ab. Für 10 Pf. täglich erhalten Sie jede Woche ein Heft von 64 Seiten Umfang. Format 18,5x26,5 cm. Mit über 10.000 Zeilen Umfang und durchschnittlich 250 g. T. mehrfarbiges Abbildungen und 100 Lieferungen - 8 Bände mit etwa 6700 Seiten Umfang, aber ein unerschöpfbares Wissensgut für 10 Pf. täglich. Von über 250 Fachgebieten Text und auf über 2500 ganzseitigen Bildtafeln. Ein Preisheft mit dem neuesten Stande befreit!

Ein anderes Lexikon ist so reichhaltig und so interessant! Kein anderes Lexikon ist so billig und so bequem zu beschaffen! Preisheft und Illustriertes Inhaltsverzeichnis durch Ihre Buchhandlung oder direkt durch uns.

Verlag für Wissen und Bildung o.G.m.b.H. Berlin S 14, Unter den Eichen

Beantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Beniger & Co., G. m. b. H., Dessau,
Postfach 10.

Wiederholung einer Einheitsliste auf seiner Grundlage ablehnen, Gelegenheit zu einer entsprechenden Maßnahme. Einseitiges geschäftliches am „Ordnungsblat“ vermehrt unserer Auffassung nach die Gefahr einer überparteilichen Aufhebung der Wahlen. Eine reinliche Entscheidung der bürgerlichen Wähler in liberaler und rechtschens Gruppen dagegen bestätigt diese Gefahr. In diesem Sinne werden wir die Vorbereitungsarbeiten zu gegebener Zeit aufnehmen.

Halle. Friedrich-Raumann-Bund. (Jugendmetratzen). Unsere nächste Versammlung findet am Mittwoch, dem 17. Oktober, abends 20 Uhr, im Restaurant „St. Nicolaus“, Gr. Wollschl., statt. Herr Marx bespricht über „Die deutschen Gewerkschaften und ihre Bedeutung für das Volksganze“. Parteimitglieder sind herzlich willkommen.

Halle. Deutsch-Demokratische Frauengruppe. Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8,15 Uhr, im Nicolaus, Herr Professor Dr. Dröcher spricht über das Thema „Gibt es demokratische Erziehungsgründe?“

Halle. Am Donnerstag, dem 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Weinmarkt-Schützenhaus eine Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung sieht mehrere kurze Vorträge vor über: „Wichtige kommunale und politische Vorgänge der letzten Zeit“. Dabei werden behandelt: a) die Stellung unserer Partei zu den Stadtvorordnetenwahlen, b) Volksgewahren - Volkswirtschaft, c) Bericht über die Beratungen des am 20. und 21. in Berlin abgehaltenen Parteiausschusses, d) die Beamtentagung in Negeburg, e) die Freientagung in Dresden. An die Kassenrollen findet sich eine Ausdrucks-Mappe an. Den Anwesenden werden auf diese wichtige Veranstaltung noch hinweisen. Der Vorstand bittet aber schon jetzt alle Mitglieder, sich für den bevorstehenden Abend zum Besuch der Versammlung frei zu halten.

Kreisparteitag in Cisleben

Der am Sonntag, dem 7. Oktober, stattgefundene Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei für die Mansfelder Kreise und den Stadtkreis Cisleben war von zahlreichen Parteifreunden aus Stadt und Land besucht. Nach Eröffnung der Sitzung durch den 1. Vorsitzenden, Kreisabteilungsleiter Herrn von Lepowitz, wurden die verschiedenen Parteifreunde, des Herrs Rudig in Cisleben, Parteifreund, Bezirksführer Herr Wille, hielt hierauf ein ausführliches Referat über die gegenwärtige außen- und innenpolitische Lage, an das sich eine umfangreiche Aussprache angeschlossen. Von dem Parteifreund Herr Fink als Übersichtsfrage wurde besonders auf die Besserung der Lage in der Technischen Nothilfe hingewiesen. Die Partei wird in aller nächster Zeit hierzu ausdrücklich Stellung nehmen. Nach Erörterung der nach tatsächliche Vorgehen zu den Kreisparteitag- und Provinziallandtagswahlen wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Entschiedenheit an die Parteiführung in Halle-Z.“

In Zusammenarbeit mit unseren Parteifreunden aus den Mansfelder Landen wollen wir mit verstärkter Kraft und Zurecht in die Winterzeit hineingehen. Wir besitzen uns dabei erneut als Partei des unbedingt republikanischen Bürgerrechts. Wir lehnen eine Unterbrechung des kommunikativen Volksgewahren her. Vangerkreuzerbau ab, aber wir erheben nicht den Forderungen Deutschlands, in einer irgendwie gearteten Militärdiktatur, sondern in der Kultur und Sozialpolitik. In der Kontroversfrage erwarten wir, daß die nationalistische Rechte nicht heuchlerisch werden und die Schulfragen bei dieser Gelegenheit unberührt bleiben. Wir weisen ferner darauf hin, daß ihrer auskömmlichen Lebensmöglichkeit bedürfen. Dieser Mittelbehalt und Verbrauchlichkeit der Sicherung verlangen wir auf neue mit Nachdruck, daß mit der Demokratisierung der Verwaltung nunmehr Ernst gemacht wird.“

Im Schlußwort dankte der Vorsitzende für das zahlreiche Erscheinen, forderte nochmals zur regen Winterarbeit auf und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

Beitrag. In der nächsten Mitgliederversammlung wird Geschäftsführer Dornblüth Bericht über die Sitzung des Parteiausschusses in Berlin erstatten und wichtige politische Fragen der letzten Zeit erörtern. Nähere Bekanntgabe des Termins erfolgt noch.

Zeit. In einer gemeinsamen Sitzung der älteren Demokraten mit der Beteiligung der Jugenddemokraten soll Geschäftsführer Dornblüth die Stellung der Partei zu den Tagesfragen auf dem außenpolitischen und innenpolitischen Gebiet erörtern. Die Sitzung findet am Donnerstag, dem 1. November, im kleinen Schützenhaus statt. Die Geschäftsstelle wird sie durch besondere Einladungsschreiben bekanntgeben.

Ein Konversations-Lexikon gehört in jedes Haus. Um jedermann die Anschaffung zu ermöglichen, geben wir es in Wochenlieferungen von 10 Pf. 10 Pf. für jeden 10. ab. Für 10 Pf. täglich erhalten Sie jede Woche ein Heft von 64 Seiten Umfang. Format 18,5x26,5 cm. Mit über 10.000 Zeilen Umfang und durchschnittlich 250 g. T. mehrfarbiges Abbildungen und 100 Lieferungen - 8 Bände mit etwa 6700 Seiten Umfang, aber ein unerschöpfbares Wissensgut für 10 Pf. täglich. Von über 250 Fachgebieten Text und auf über 2500 ganzseitigen Bildtafeln. Ein Preisheft mit dem neuesten Stande befreit!

Ein anderes Lexikon ist so reichhaltig und so interessant! Kein anderes Lexikon ist so billig und so bequem zu beschaffen! Preisheft und Illustriertes Inhaltsverzeichnis durch Ihre Buchhandlung oder direkt durch uns.

Verlag für Wissen und Bildung o.G.m.b.H. Berlin S 14, Unter den Eichen

Beantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Beniger & Co., G. m. b. H., Dessau,
Postfach 10.



Für Kleinrentler und Landwirte

Die letzten Arbeiten vor dem Frost

Die Winterpackung der Bienen

Manche Imker haben Bedenken, ihre Bienen im Herbst warm einzupacken, weil sie glauben, sie fangen dann im Frühjahr zu früh an zu fliegen, bevor die Witterung dazu taugt. Die Nachteile des Frühfliegens sind allerdings groß; auf den nötig werdenden Anflügen nach Nektar und Wasser büßt ein großer Teil der Flugbienen das Leben ein, da sie auch bei schlechter Witterung ausfliegen müssen. Ist das Wetter noch so kühl, daß die Ausflüge nicht möglich sind, so gefährdet die dann sicher auftretende Kälte den Bestand des Volkes. Es stimmt aber nicht, daß man das Frühfliegen durch warmes Einpacken der Bienen im Winter heranzuführen, die Nachteile des Amerikaners Merrill lehnen sogar das Gegenteil. Angenehm geschützte Bienen laufen bei ihm den einbringenden Kälte durch Bewegung und damit Wärmeerzeugung sehr zu Nutzen. Infolge der damit erzeugten Wärme und der ganzen Wärme kamen sie ins Wüten, als die wolkigeren ersten Winter noch gar nicht daran dachten. Diese Bienen wärmten erst viel später an und gingen dann mit allem Eifer daran, wie sich dies schon äußerlich an der gesteigerten Fehrbung erkennen ließ. Daraus ist während des Winters weniger geschäft als die anderen Bienen, so zeigten sie im Frühjahr nach Beginn des Brutgeschäftes erheblich mehr.

Am besten beugt man dem Frühfliegen dadurch vor, daß man die Bienen gegen alle Einflüsse der Außenwelt so gut wie irgend möglich schützt. Hierzu gehört besonders der Schutz der Fluglöcher gegen Sonnenstrahlen, die die Bienen an warmen Tagen sehr leicht zu fliegen verleiten. An warmen, milden Tagen findet sie den Weg ins Freie zum Reinigungsfluge schon. Ungeachtet kommt es vor, daß die Bienen mit dem Brut im Herbst nicht so früh aufstehen, als es wünschenswert ist. Dem begegnet man einfach dadurch, daß man die Winterpackung nicht vor dem ersten Reif anbringt. Dann aber kann man die Bienen getrost warm einpacken. Je wärmer sie im Winter überleben, desto ruhiger verhalten sie sich und desto weniger fliegen sie. Je weniger sie aber fliegen, desto billiger stellt sich die Überwinterung für den Imker. Infolge fällt auch die Pflegearbeit, denn je mehr die Bienen fliegen, desto stärker müssen sich unerbittliche Heberreife der Nahrung im Darm. Können sie kein feines Futter unternehmen, so müssen sie sich im Stroh entziehen. Diese Art der Entziehung führt aber etwas krankhaft an sich, der Kot ist häufig und bestmüht alles, die vorher schon vorhandene Nahrung steigert sich immer mehr. Tritt dann nicht noch im letzten Augenblick flugfähiges Wetter ein, so ist das zurückgebliebene Volk verloren.

Worin besteht nun die warme Einpackung? Zunächst einmal wird der vom Volk zur Verfügung stehende Raum soweit wie möglich eingegrenzt. Man löst ihm nur soviel Nektar ab, als es an einem sehr formlosen, möglichst belegen einsehensfähig, einer unbedingten Dornen an jeder Stelle. Gutes dämmendes kommen die Kisten. Feinere löst man über Winter nicht im Stroh, da sich sonst auf der letzten Wabenreihe leicht Schimmel bildet, durch die im Feinsten nicht nicherfliegende Feuchtigkeit begünstigt. In Beuten mit Oberabdeckung zücht man ein Schiebegerät an die Decke, hinter dem man im Bedarfsfall den leeren Raum mit Holzmulde ausfüllt. Ist die Beute innen so hergerichtet, wird sie von außen noch recht warm eingepackt. Hierzu eignet sich am besten Holzmulde und trockenes Moos. Stroh kommt eigentlich erst zweiter Reihe, ist aber auch noch recht. Keinesfalls soll man Heu nehmen, da es leicht nach und nach die Waben ein ideales Winterquartier bietet.

Da die Kiste aber auch von unten herandrängt, ist auch ein Schutz der Rattenböden zu empfehlen. Dazu stellt man ein Gitter auf Leisten und füllt Siegelpläne darunter. Eine zwei Finger hohe Schicht hilft schon.

Manche Imker verwenden doppeltwandige Beuten, um ihren Bienen auf diese Art ein unbedingt sicheres Winterquartier zu bieten. Auf die beschriebene Weise schützt man die Bienen aber nicht nur billiger, sondern auch besser vor der Kälte. In den gewöhnlichen Seitenwänden steht nämlich das Füllmaterial, das meist aus Säghäfen besteht, mit den Jahren, so daß darüber ein Hofraum entsteht, der keinen Schutz mehr gewährt. Die Trauben bilden aber nicht durch diese Hofräume, sondern durch die Waben an und sind dann wieder zu vertreiben. Durch die lösen Waben sind werden andererseits die Mäuse oft angelockt, mit dauernd fähigen fliegenden Bienen wird man ihrer aber Herr. Diese Füllungen muß man im Winter, sowie auf dem Bienenstande stets bereit haben.

Reben an niedrigen Mauern

Die Kultur des Weinstocks außerhalb der eigentlichen Weinbaugebiete bewegt sich nur die Frucht von Zerkulturn. Einzig geeignete Reben lassen sich durch je oft besser ausnutzen als durch irgendeine anprüfungslose Korboberte. Dies gilt namentlich für die Bevölkerung von niedrigen Mauern, da kleine Formen anderer Sorten in den Bänden des Korbobers nicht zu verwenden. Bei Reben, die man schon frühzeitig pflanzen will, ist es wichtiger zu beachten. Die Rebe läßt sich leichter behandeln und auf einen bestimmten Raum beschränken als der Korbobersbaum.

Man zieht einfach an der zu befestigenden Mauer zwei Drähte in einem Abstand von etwa 50 Zentimetern, den unteren mindestens 40 Zentimeter über dem Boden. Es ist zwar vorteilhaft, wenn die Reben die rüchtrahrende Erdwärme genießen, die Trauben bilden aber nicht durch diese Reben, sondern durch die Bildung der Reben zu benutzen. Beim jährlichen Rückschnitt muß man sich nach der Triebkraft der Sorte richten. Diese ist auch bei den verschiedenen allerersten, die für uns nur in Betracht kommen, nicht gleich. Alle Augen auf der ganzen Länge der wegerdriht gebundenen Sprossachsen müssen austreiben. Das erzielen wir um so eher, je früher wir schneiden. Um so länger dauert es aber, bis die Reben sich bedeckt. Alle Seitentriebe werden auf zwei Augen zurückgenommen.

Wenn man besonders viele Trauben ernten will, empfiehlt es sich, im Herbst Mittelböden gegen die Oberseite der Weinmauer zu legen, so daß die Reben gewissermaßen in einem an den Seiten offenen Zwickel reben. Gerade die niedrige Lage ermöglicht diesen Vorzug.

Oktoberarbeiten in Garten und Stall

Ernte und Aufbewahrung. — Vorbereitungen und Aufnahmen.

Die Felder mehren sich, daß sich die Natur zur Winterernte rufen. Für Monate hört das Pflanzenleben an, währendes soweit es unterem Auge wahrnehmbar wird. Die Knospen für das nächste Jahr sind schon gebildet, aber sie beragen sich in sicheren Hülsen vor den Angriffen des Winters. Aber Landwirt und Gärtner dürfen jetzt noch lange nicht die Hände in den Sack legen. Die Winterernte beginnt erst. Beim Einbringen der Kartoffeln achte man darauf, daß die Knollen trocken sind. Die Saubereinigung dauerhafter Lagerung ist Säuberlichkeit. Dabei dürfen auch nur gesunde Knollen eingemietet werden.

Im Gemüsegarten wird die Ernte des Wintergemüses fertig, doch achte man darauf, daß alles vollständig ausreift. Nicht so früh ernten, ist jetzt die Lösung. Frost schadet dem Winterrost nicht, und auch die Wurzelgewebe vertragen ihn, solange sie in der Erde liegen. Für die Ernte sind die Mittagsstunden trockener Erde am geeignetsten, damit nichts gefroren oder noch eingetrocknet wird. Wurzelgewebe läßt man nach dem Herausnehmen erst etwas abtrocknen, ehe man sie einmietet. Die Aufbewahrung geschieht je nach den Bedürfnissen in Kellern oder Gruben. Für den Schutz der Setzlinge oder sonstiger im Lande stehender Gemüsepflanzen lege man Laub, Flechtstängel Stängel zum Bedecken bei drohender Frostgefahr bereit. Alle Beete, die nicht abgeräumt werden können, sollten auch jetzt noch von Unkraut freigehalten werden. Das abgeräumte Land wird nach und nach umgegraben und geegnet. Es bleibt dann in rauher Scholle liegen, damit der Winterrost den Boden aufschließen kann. Weizen und Hafer sind dem fortwährend laufende Laube zu bestreuen. Sonnenhitzen und sonstige Überflüssiges wegzunehmen. Etwas nimmt man aus dem letzten Erdblock, um sie geerdnet in einem trockenen Raum aufzubewahren. Auch alle Geräte, die man nicht mehr braucht, sind zu reinigen, instand zu setzen und zu wasserdichten.

Man richte sich bei den Arbeiten so ein, daß man bei Frost auf den Feldern den Winterstall auszuräumen, Wägen von Spinn, Felleisig, Karotten und Zwiebeln macht, Futtermittel erntet und Ebonamehl und Keimt auf die Weiden treibt. Vor Eintritt des Frostes dämmere man sich auch um die Bewässerungsanordnungen, damit Leitungen und Pumpen nicht gefroren werden.

Im Obkragen dauert die Ernte des Winterstalles bis Ende des Monats, doch sind die Früchte nicht weils abzunehmen, sondern je nach Sorte und Reifezeit. Sehr viele Sorten überleben am Baum, solange die Witterung es irgend erlaubt. Einige Reifezeiten haben dem Obst nicht, wenn es nur nicht in getrocknetem Zustande geerntet wird. Auch trocken müssen die Früchte beim Abnehmen sein. Die Gelegenheit, bei der Erntearbeit gleichzeitig den Baum auszusäubern, wo es nötig ist, sollte man sich nicht entgehen lassen. Die Stämme der Bäume werden gereinigt, unter Umständen auch geschält. Diese sind das höchste Kampfmittel gegen den Frostspanner. Nach dem Ausschlag kann man Kirschenzweigen vornehmen und die alten Bäume beschneiden. Die Baumgassen, ebenso die Beetenobstplantagen, werden jetzt geegnet, geegnet und beschnitten.

Winterstallrüstung. — Herbstmusterung für Zucht und Kühe

Den Führern kann man jetzt wieder mehr Freiheit gönnen, nur vom Kuhl und den Erdbereitern muß man sie fernhalten. Beim Umgraben können sie sich an Wägen und Äseln haben. Wollschaf sind die Tiere noch nicht aus der Winter heraus, auf die Winterställe, unter Umständen auch die Stallungen werden auf hochsteigende Stellen nachgezogen und alle Kisse und Spalten beglückt, damit kein Regen, Schnee oder Wind eindringen kann. Gleichzeitigkeit nimmt man die große Behälterreinigung vor, bei der man nicht mit Sodalauge und Kalzmilch sparen soll. Naturboden im Stall trägt man ab und

Halmseligkeit, Mehltau und Düngung

Durch Lagern des Getreides auf dem Ader erleidet der Landwirt oft schweren Schaden. Der Ertrag der Lagerfelder ist gering, die Ernte aber teuer und langwierig. Bei der großen, praktischen Bedeutung der Halmseligkeit der Getreidehalme ist es natürlich, daß man sich schon viel mit dieser Frage beschäftigt hat. Erstlicht man das Lagern auf Mangel an Kieseläure in den Halmen zurückzuführen, dann wieder gab man der schärfsten Befechung der unteren Halmselbe die Schuld, schließlich sah man ein, daß an dem Lagern verhängende, das Wachstum beeinflussende Umstände beteiligt sind, wie Boden, Lage, Wetter, Saubigkeit, Sorteneigenschaften. Unter ihnen kommt bei den Verhältnisseverhältnissen eine Hauptrolle zu. Es entstehen bei zu schmaler Stielstängelbildung dünne und wenig kräftige Halme. Zeitiges Stielstängelbildung kann durch Kräftigung der Halme und Wurzeln das Lagern verhüten, dagegen erhöht späte Stielstängelbildung die Gefahr, weil sich dann nur die oberen noch in der Ausbildung befindlichen Halmselbe bilden. Bei zu reichlichen Stielstängelbildung. Außerdem hat hart mit Stielstoff gebiegte Pflanzen ein günstiger Nährboden für Mehltau, und unter diesem Mißfall leidet die Halmseligkeit sehr. Eine angemessene Stielstängelbildung wirkt dagegen günstig auf die Winterhaltbarkeit der Salzmatten ein, wobei die Halmseligkeit im Sinne der Halmseligkeit, darüber lassen sich freilich keine allgemeinen Regeln aufstellen.

Die Phosphorsäure erwies sich bei allen neueren Beobachtungen als ein Nährstoff, der die Festigkeit der Halme erhöht. Unter ihrem Einfluß verdicken sich die Zellwände des Halmselbes und verbleichen sich. Dadurch wird das Mehltauempfindlich, harten Zug und Düngen aus. Die Mehltauempfindlichkeit, harten Zug und Düngen aus. Die Mehltauempfindlichkeit, harten Zug und Düngen aus. Die Mehltauempfindlichkeit, harten Zug und Düngen aus.

Anderes verhält es sich bei der Kalbidung. Sie führt die Salme gegen Wiegung und Reue et. und damit die Entmischung vom Mehltau. Durch harte Kalbidung kann der Landwirt aber gleichzeitig dem Lager des Getreides vorzugen und den Mehltauempfindlichkeit bestimmen.

erlegt ihn durch neuen. Die beste Eintruf ist Lormull, fe feugt alle Feuchtigkeit auf, hält die Luft rein und den Stall trocken und warm.

Alle überflüssigen Tiere schaffen wir jedoch als möglich ab, damit wir den Stamm, von dem wir die beste Leistung erwarten, am so besser füttern können. Ist Zulauf nötig, dann ist dafür die Zeit jetzt günstig, da die Tiere im Herbst am häufigsten sind. Sehr langsam man auch die Frühbrüter nach von den Spätrütern unterscheiden. Gefaure Tiere sind einige Tage gelendet zu halten und auf ihren Gesundheitszustand zu beobachten.

Die Frühbrüter liefern schon frische Eier. Die jungen Gebrüten die zuerst mit dem Regen einziehen, merke man sich, sie eignen sich am besten zur Zucht. Auch unter den Futen und dem Wassergeräusch hält man jetzt die letzte Witterung. Die Gänse werden, wenn die Stoppelweide aufgehört hat, noch auf abgeräumten Wäldern füttern abends erhalten sie Körner. Man kann sie auch mit gutem Erfolge in kleinen Hühnerhöfen auf dem Hofe halten. Sie bekommen Kollikulier und anderes Grünzeug, gestampfte Mohrrüben und Weichfutter aus getrockneten Kartoffeln und Kleie, abends Safer und Mais. Wasser muß reichlich vorhanden sein. Hier Woggen dieser Fütterung genügen zur Fleischung, wird mehr Feuchtmittel, so werden die Tiere wieder in enger Einzelhaft gehalten. Enten müßten man ebenso. Vieren dürfen bei der Waid nicht eingeperrt werden, sie würden dabei an Gewicht verlieren. Anzuchten füttere man nicht zu reichlich, damit sie kernig bleiben. Jungenten gehören aus Wäldern. Auch der Laubholz ist in Hühnerhöfen zu reinigen. Durch feuchtes Füttern finden die Tauben reichlicher Futter. Bei mildem Wetter beginnen sie nicht selten wieder zu brüten. Das muß man verhindern, weil sich die Tiere dadurch unnötig schwächen und die Nachzeit doch wertlos ist. Am besten trennt man die Geißel oder nimmt die Eier weg.

Solange wie möglich geben wir den Ziegen Gelegenheit zur Weide. Niemals führen wir sie aber auf bereifte Weiden. Füttern wir im Stalle, dann reichen wir das Grünfutter mit Weizengras von Zerkulturn. Mit der Aufnahme des Grünfutters bemerke man die Geßen von Zerkulturn, so wird sich das Vieh ohne Störung an den Weideln gewöhnen. Bei Beginn der Winterfütterung mache man sorgfältig einen Futterüberblick, damit man sich beizeiten einrichten kann. Von Stroh man jetzt mit Stroh, senehe sich auch nicht, die zum Streuen getrockneten Anzuchten, Karotten und dergl. zu zerhacken und in die Weiden zu legen. Vor allen Dingen bede man den Bedarf rechtzeitig. Ist man genötigt, viel Stroh zu verfrachten, so verlege man das Krautfutter nicht. Wegen des hohen Gehaltes an Eiweiß und Fett tun Delikatessen die größten Dienste. Kleie ist ein unerschöpfliches Weid. Mais und Weizenstroh bilden die besten Futtermittel.

Für die Ziegen beginnt jetzt die Hauptfruchtzeit. Zeigen Ursache des Tieres, vorantritt fliegendes Weiden und andere bewillige Anzeichen den Eintritt der Frucht an, so werde man sich im Herbst zu dem Vieh zu legen, so wird eine Ziege nicht trüchtig, so wiederholt sich die Frucht nach zwei bis drei Wochen. Aber mehrere Ziegen hat, tut gut, eine davon nicht im Herbst, sondern im Frühjahr beden zu lassen, damit die Fruchtzeit in den Winter fällt. Die diesjährigen jungen Ziegen fällt man nicht bedeu. Durch sorgfältige Saupflege fördert man die Gesundheit der Tiere.

Ranichen, die im kommenden Frühjahr nicht weiter zur Zucht verwendet werden sollen, werden einige Wochen im Einzelstall. Die Zucht ruht im allgemeinen ganz, nur bei Säuglingen, die im März geboren sind, ist sich besonders kräftig entwickelt haben, empfiehlt es sich, sie selbst belegen zu lassen, damit sie über Winter nicht zu fett und zu dick werden und Zucht untauglich werden. Solche Winterzucht läßt man aber nicht zu. Wird eine Säuglinge zur Frucht, sonst werden sie zu sehr geschwächt. Bei eintretender Kälte schicken wir die Ställe vor Zugluft und Wind durch Vorhängen mit Strobdäden. Die in geschlossenen Ställen gehaltenen Tiere verlangen auch im Winter Wasser nach frischer Luft. Man habe den Stall schon im Winter wärms an und vertragen Kälte besser als fastete Luft.

Nützliche Mitteilungen

Die Aufbewahrung von Spalmägen im Winter ist oft mit großen Verlusten verbunden. Der Wirtling erkrankt, wenn er so anhaltend und strenger Kälte nicht durch eine bedenkliche Schneedecke geschützt ist; er verfault, wenn während des Winters die Witterung sehr veränderlich ist und Regen und Frost mit einander abwechseln. Eine einfache Aufbewahrungsmethode ist einander abwechseln. Eine einfache Aufbewahrungsmethode ist einander abwechseln. Eine einfache Aufbewahrungsmethode ist einander abwechseln.

Eisraus und Nährwert. Weiz verdrängt die in die Anflut bekannte Eier seien wertvoller als weisse. Es ist aber nicht der Fall. Nicht die Färbung der Eide, sondern die des Dotters verdrängt den Nährstoffgehalt des Eies. Solche mit tiefgelbem Dotters liefern gewöhnlich die Hüner auf dem Lande, die auf Auslauf gehalten sind. Bei den Tieren mit bloßem Dotters form man von einer Weichheit der Hünererier sprechen, denn d Stoff, dessen Färbung die Eide Farbe verleiht, ist Eisen, dessen von dem auch unter dem Namen Eisenoxyd bekannt ist. Die Eisenmenge, die die Hüner unter diesen Bedingungen leben und namentlich viel Grünzeug zu freisen bekommen.

